

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhalt	IX
A. Einleitung	1
I. Problemstellung und Gegenstand der Arbeit	1
II. Gang der Untersuchung	7
B. Die rechtlichen Rahmenbedingungen	9
I. Die Entwicklung des Geheimnisschutzrechts	10
II. Die Rechtslage vor der Geheimnisschutzreform	16
III. Das Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen	33
IV. Der Geheimnisschutz in Arbeitsverhältnissen	43
V. Zusammenfassung	79
C. Der Schutzgegenstand: Das Geschäftsgeheimnis	81
I. Der Begriff des Geschäftsgeheimnisses	81
II. Der Geheimnischarakter	87
III. Wirtschaftlicher Wert durch Geheimhaltung	91
IV. Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen	99
V. Berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung	118
VI. Die Folgen des Fehlens der Schutzworaussetzungen	120
VII. Zusammenfassung	121
D. Die Abgrenzung zum Erfahrungswissen	123
I. Problemaufriss	123
II. Der Begriff des Erfahrungswissens	124
III. Die Rechtsnatur des Geschäftsgeheimnisses	133
IV. Die Zuordnung von Geschäftsgeheimnissen	157
V. Die Abgrenzung von Geschäftsgeheimnissen und Erfahrungswissen	188
E. Der Schutzmfang: Die Verletzungstatbestände	191
I. Die Systematik der Tatbestände	191
II. Die Erlangung eines Geschäftsgeheimnisses	197
III. Die Nutzung und Offenlegung eines Geschäftsgeheimnisses	204
IV. Die Verletzung eines Geschäftsgeheimnisses durch Arbeitnehmer	207
V. Nachwirkende Geheimhaltungspflichten der Arbeitnehmer	219
VI. Fortwirkung der Geheimhaltungspflichten durch nachvertragliche Abreden	254
VII. Zusammenfassung	264
F. Die Schranken des Geheimnisschutzes	265
I. Die Rechtfertigungsgründe	265

Inhaltsübersicht

II.	Die Ausübung des Rechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit	268
III.	Der Hinweisegeberschutz	270
IV.	Die Wahrnehmung der Arbeitnehmervertretung	285
V.	Zusammenfassung	287
G.	Die Rechtsfolgen einer Geheimnisverletzung	289
I.	Ansprüche aus dem Geschäftsgeheimnisgesetz	289
II.	Arbeitsrechtliches Sanktionsinstrumentarium	293
III.	Gegenrechte des Arbeitnehmers	295
IV.	Die Arbeitgeberhaftung für die Verletzung fremder Geschäftsgeheimnisse . .	298
V.	Prozessuale Besonderheiten des Geschäftsgeheimnisgesetzes	302
VI.	Zusammenfassung	307
H.	Zusammenfassung in Thesen	309
I.	Defizite des lauterkeitsrechtlichen Geheimnisschutzes	309
II.	Das Geschäftsgeheimnisgesetz	309
III.	Geheimnisschutz gegenüber Arbeitnehmern	311
IV.	Dogmatische Einordnung des Geschäftsgeheimnisses	311
V.	Zuordnung zum Geheimnisinhaber	312
VI.	Die (nachvertragliche) Geheimhaltungspflicht der Arbeitnehmer	313
VII.	Rechtsfolgen und Grenzen einer Geschäftsgeheimnisverletzung	314
VIII.	Abschließender Vergleich	314
Abkürzungen	317	
Literatur	321	
Sachregister	339	

Inhalt

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
A. Einleitung	1
I. Problemstellung und Gegenstand der Arbeit	1
II. Gang der Untersuchung	7
B. Die rechtlichen Rahmenbedingungen	9
I. Die Entwicklung des Geheimnisschutzrechts	10
1. Der Geheimnisschutz im Lauterkeitsrecht	10
2. Die Reform des Geheimnisschutzrechts	12
a) Anlass für die Harmonisierung in der EU	12
b) Das Gesetzgebungsverfahren des GeschGehG	14
3. Zwischenergebnis	16
II. Die Rechtslage vor der Geheimnisschutzreform	16
1. Die Ausgestaltung und das Schutzkonzept	16
a) Die lauterkeitsrechtlichen Einzelstrafstatbestände	16
b) Der Schutzzweck der Normen	20
c) Die Strafrechtsakzessorietät des zivilrechtlichen Geheimnisschutzes	22
2. Defizite der gesetzlichen Ausgestaltung	24
a) Schwächen und Lücken der Schutzkonzeption	24
b) Verortung im Lauterkeitsrecht	26
c) Rechtsfolgensystem und Schutz im Prozess	27
3. Der lauterkeitsrechtliche Schutz gegenüber Arbeitnehmer	28
a) Die Grenzen des straf- und zivilrechtlichen Geheimnisschutzes	28
b) Die Ausweitung des § 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG aF	29
c) Der originär zivilrechtliche Geheimnisschutz	30
4. Zusammenfassung	32
III. Das Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen	33
1. Die unionsrechtlichen Vorgaben der Geschäftsgeheimnis-Richtlinie	33
a) Richtlinienziel und -systematik	33
b) Gegenstand und Anwendungsbereich	35
c) Umsetzungsvorgaben und Harmonisierungsgrad	36
d) Zwischenergebnis	38
2. Die Regelungsstruktur des Gesetzes	38
3. Der Schutzzweck des GeschGehG	40
4. Der Anwendungsbereich	41
5. Zwischenergebnis	42

<i>IV.</i>	<i>Der Geheimnisschutz in Arbeitsverhältnissen</i>	43
1.	Der arbeitsrechtliche Kontext des Geheimnisschutzes	43
a)	Das Spannungsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber	43
b)	Die Interessenlage im Laufe des Arbeitsverhältnisses	46
2.	Verhältnis zum Geschäftsgeheimnisgesetz	48
a)	Autonomie der Sozialpartner und der Abschluss von Kollektivverträgen	49
b)	Die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertretungen	50
3.	Die Schutzausgestaltung nach arbeitsrechtlichen Regelungen	52
a)	Überblick über die Pflichten des Arbeitnehmers	52
b)	Der Begriff des Arbeitnehmers im Geheimnisschutzrecht	54
c)	Die vertragsimmanente Geheimhaltungspflicht	57
(a)	Dogmatische Herleitung aus § 241 Abs. 2 BGB	57
(b)	Umfassendes Offenlegungs- und Nutzungsverbot	59
d)	Das vertragsimmanente Wettbewerbsverbot	62
(a)	Dogmatische Herleitung aus § 60 HGB	62
(b)	Umfang und Einschränkung des Wettbewerbsverbotes	63
(c)	Verhältnis zur Geheimhaltungspflicht	65
e)	Zeitliche Grenzen der vertragsimmanenten Pflichten	66
f)	Rechtsgeschäftliche Erweiterungen der Pflichten	69
(a)	Zweck und Bedeutung von Geheimhaltungsvereinbarungen	69
(b)	Inhalt und Grenzen der Vertragsfreiheit	69
(c)	Nachvertragliche Geheimhaltungsvereinbarungen	72
(d)	Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen	72
g)	Gesetzliche Geheimhaltungspflichten und Nutzungsbeschränkungen	73
(a)	Pflichten aus arbeitsrechtlichen Sonderverhältnissen	73
(b)	Geheimhaltungspflicht des Arbeitnehmererfinders	75
(c)	Fortwirken im nachvertraglichen Bereich	76
h)	Zwischenergebnis	76
4.	Auswirkungen der Reform auf den arbeitsrechtlichen Geheimnisschutz	77
<i>V.</i>	<i>Zusammenfassung</i>	79
C.	Der Schutzgegenstand: Das Geschäftsgeheimnis	81
<i>I.</i>	<i>Der Begriff des Geschäftsgeheimnisses</i>	81
1.	Geschäftsgeheimnisse und Know-How	81
2.	Anforderungen an Geschäftsgeheimnisse	83
3.	Anwendbarkeit des Geschäftsgeheimnisbegriffs im Arbeitsrecht	85
<i>II.</i>	<i>Der Geheimnischarakter</i>	87
1.	Das zentrale Merkmal des Geschäftsgeheimnisses	87
2.	Die Voraussetzungen der Bekanntgabe an Dritte und Arbeitnehmer	88
3.	Branchenbekanntes Wissen und leichte Zugänglichkeit	89
4.	Zwischenergebnis	90
<i>III.</i>	<i>Wirtschaftlicher Wert durch Geheimhaltung</i>	91
1.	Kommerzielle Verwertbarkeit des Wissens	91
2.	Wirtschaftlicher Wert rechtswidriger Informationen	92
a)	Rechtfertigungs- und Tatbestandslösung nach bisherigem Recht	93

b)	Kommerzieller Wert von rechtswidrigen Informationen	94
c)	Folgen für den Geheimnisschutz	97
<i>IV.</i>	<i>Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen</i>	99
1.	Erhöhte objektive Anforderungen	99
2.	Art und Umfang der Geheimhaltungsmaßnahmen	101
3.	Prüfung der Angemessenheit	102
4.	Geheimhaltungsmaßnahmen im Arbeitsverhältnis	104
a)	Maßnahmen als Obliegenheit des Arbeitgebers	104
b)	Organisatorische und informationstechnische Maßnahmen	106
(a)	Auswahl von Arbeitnehmern	106
(b)	Weisungen des Arbeitgebers	107
(c)	Zugangs- und Zugriffsbeschränkungen	109
(d)	Regelmäßige Dokumentation und Kontrolle	111
c)	Arbeitsrechtliche Maßnahmen	111
(a)	Vertragsimmanente Geheimhaltungspflicht als Maßnahme	112
(b)	Geheimhaltungsvereinbarungen als Maßnahme	113
(c)	Folgen des Fehlens oder der Unwirksamkeit einer Vereinbarung	114
(d)	Die Besonderheiten hinsichtlich ehemaliger Arbeitnehmer	116
5.	Zwischenergebnis	117
<i>V.</i>	<i>Berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung</i>	118
<i>VI.</i>	<i>Die Folgen des Fehlens der Schutzvoraussetzungen</i>	120
<i>VII.</i>	<i>Zusammenfassung</i>	121
D.	Die Abgrenzung zum Erfahrungswissen	123
<i>I.</i>	<i>Problemaufriß</i>	123
<i>II.</i>	<i>Der Begriff des Erfahrungswissens</i>	124
1.	Einheits- und Trennbarkeitstheorie in der Rechtsprechung	124
2.	Meinungsstand und Abgrenzungsversuche im Schrifttum	126
3.	Abgrenzung über den Begriff des Erfahrungswissens	127
a)	Begrenzung des Schutzgegenstandes	127
b)	Annäherung an den Begriff des Erfahrungswissens	129
4.	Abgrenzung über die Zuordnung an den Geheimnisinhaber	131
5.	Zwischenergebnis	132
<i>III.</i>	<i>Die Rechtsnatur des Geschäftsgeheimnisses</i>	133
1.	Vorbemerkungen	133
2.	Der Meinungsstand bis zum Inkrafttreten des Geschäftsgeheimnisgesetzes	134
a)	Die wesentlichen Diskussionspunkte	134
b)	Die Ansichten in Literatur und Rechtsprechung	136
3.	Das Verhältnis zwischen Geheimnisschutz und Geistigem Eigentum	138
a)	Geheimnisschutz als Ergänzung	138
b)	Geheimnisschutz als Alternative	140
(a)	Überschneidung der Anwendungsbereiche	140
(b)	Vergleich von Geheimhaltung und Schutzrechtserlangung	141
(c)	Einschränkungen des Geheimnisschutzes	143

c)	Zwischenergebnis	145
4.	Qualifizierung des Geschäftsgeheimnisses nach der Reform	145
a)	Gesetzesbegründung, Richtlinienerwägungen und Gesetzgebungshistorie	146
b)	Gesetzesystematik und Schutzausgestaltung	148
c)	Die Ausgestaltung der Schutzposition	150
(a)	Die Ausschlussfunktion	151
(b)	Die Zuordnungsfunktion	153
(c)	Immaterialgüterrechtsähnliche Schutzposition	155
d)	Zwischenergebnis	156
5.	Konsequenzen der Einordnung als schutzrechtsähnliche Position	156
<i>IV.</i>	<i>Die Zuordnung von Geschäftsgeheimnissen</i>	157
1.	Der Inhaber des Geschäftsgeheimnisses	157
2.	Faktisches Element: Die Kontrolle über ein Geschäftsgeheimnis	160
3.	Rechtliches Element: Die Rechtmäßigkeit der Kontrolle	161
a)	Unterscheidung von Geheimsträger und Geheimnisinhaber	161
b)	Rechtliche Herrschaftsbefugnis	163
c)	Das System der Rechtszuordnung	164
4.	Das Recht am Arbeitsergebnis	165
a)	Der Begriff des Arbeitsergebnisses	165
b)	Geistige Leistungen und Immaterialgüterrechte als Arbeitsergebnisse	166
(a)	Schutzfähige Erfindungen	166
(b)	Nicht schutzfähige technische Leistungen	168
(c)	Sonstige Immaterialgüter und Immaterialgüterrechte	168
c)	Zwischenergebnis	169
5.	Die immaterialgüterrechtliche Zuordnung von geistigen Leistungen	169
a)	Patent- und gebrauchsmusterfähige Erfindungen	169
(a)	Der Anwendungsbereich des Arbeitnehmererfindungsgesetzes	169
(b)	Diensterfindungen	171
(i)	Mitteilungspflichten und das Inanspruchnahmerecht	171
(ii)	Umfang und Folgen der Rechtszuordnung	172
(iii)	Die betriebsgeheime Erfindung	173
(c)	Freie Erfindungen	174
(i)	Mitteilungspflicht und Pflicht zur Nutzungsrechtsvergabe	174
(ii)	Umfang der Rechtszuordnung	174
(d)	Zwischenergebnis	175
b)	Technische Verbesserungsvorschläge	175
(a)	Voraussetzung der Rechtszuordnung	175
(b)	Mitteilungspflicht technischer Verbesserungsvorschläge	176
(c)	Zwischenergebnis	177
c)	Geistige Schöpfungen	178
(a)	Pflichtwerke und freie Werke	178
(b)	Mitteilungs- und Anbietungspflicht	180
(c)	Vergütungstatbestände im Urheberrecht	181
(d)	Zwischenergebnis	182
d)	Leistungsschutzrechte	182
e)	Recht am Sortenschutz	183
f)	Recht auf das eingetragene Design und Habileiterschutzrecht	184
g)	Zusammenfassung der immaterialgüterrechtlichen Zuordnung	184

6.	Konsequenzen für den Erwerb rechtmäßiger Kontrolle durch Arbeitgeber	186
V.	<i>Die Abgrenzung von Geschäftsgeheimnissen und Erfahrungswissen</i>	188
E.	Der Schutzmfang: Die Verletzungstatbestände	191
I.	<i>Die Systematik der Tatbestände</i>	191
1.	Die Schutzkonzeption des Geschäftsgesetzgesetzes	191
2.	Die Bedeutung der strafrechtlichen Verhaltensnormen	193
3.	Die Handlungsformen der Erlangung, Nutzung und Offenlegung	195
II.	<i>Die Erlangung eines Geschäftsgeheimnisses</i>	197
1.	Die unbefugte Erlangung nach § 4 GeschGehG	197
a)	Die Erlangung einer Verkörperung des Geschäftsgeheimnisses	197
b)	Die Generalklausel des unbefugten Erwerbs	198
c)	Die mittelbare Erlangung von Geschäftsgeheimnissen	199
2.	Die befugte Erlangung nach § 3 GeschGehG	200
a)	Deklaratorische Aufzählung rechtmäßiger Verhaltensweisen	200
b)	Der Ausschluss des Reverse Engineering	202
3.	Grenzziehung zwischen befugter und unbefugter Erlangung	203
III.	<i>Die Nutzung und Offenlegung eines Geschäftsgeheimnisses</i>	204
1.	Die Befugnis zur Nutzung und Offenlegung	204
2.	Die unbefugte Erlangung als Vortat	205
3.	Verstoß gegen eine Verwendungsbeschränkung	205
IV.	<i>Die Verletzung eines Geschäftsgeheimnisses durch Arbeitnehmer</i>	207
1.	Die arbeitgeberseitige Zustimmung in Erlangung, Nutzung und Offenlegung	207
2.	Die unbefugte Erlangung des Geschäftsgeheimnisses durch Arbeitnehmer	210
a)	Das Überschreiten von Zugangs- und Zugriffsbeschränkungen	210
b)	Anknüpfungspunkt der unbefugten Erlangung	210
c)	Das Reverse Engineering durch Arbeitnehmer	212
d)	Die Ausnutzung anderer Arbeitnehmer	213
e)	Zwischenergebnis	213
3.	Die unbefugte Verwendung von Geschäftsgeheimnissen durch Arbeitnehmer	214
a)	Vorbemerkungen	214
b)	Die Verpflichtungen während des bestehenden Arbeitsverhältnisses	215
c)	Die Verpflichtungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	217
4.	Zwischenergebnis	218
V.	<i>Nachwirkende Geheimhaltungspflichten der Arbeitnehmer</i>	219
1.	Ausgangslage im nachvertraglichen Bereich	219
2.	Streitstand zur Nachwirkung der Geheimhaltungspflicht	221
a)	Beschränkte Geheimhaltungspflicht nach dem BAG	221
(a)	Grundsatz: Umfassende Geheimhaltungspflicht	221
(b)	Grenzen der Geheimhaltungspflicht	222
b)	Geheimhaltungspflicht als Ausnahme nach dem BGH	223
(a)	Grundsatz: Nutzungs- und Offenlegungsfreiheit	224
(b)	Grenzen der Nutzungs- und Offenlegungsfreiheit	224
(c)	Vergleichbarkeit mit dem Lösungsansatz des Bundesarbeitsgerichts	228

Inhalt

c)	Positionen im Schriftum	230
(a)	Befürwortung einer nachvertraglichen Geheimhaltungspflicht	230
(b)	Ablehnung einer nachvertraglichen Geheimhaltungspflicht	232
d)	Zwischenergebnis	233
3.	Nachwirkung von Geheimhaltungspflichten nach der Geheimnisschutzreform	233
a)	Der dogmatische Ansatz für die Nachwirkung von arbeitsvertraglichen Pflichten	233
b)	Keine entgegenstehenden gesetzgeberischen Wertungen	236
(a)	Keine Anwendbarkeit des § 90 HGB analog	237
(b)	Kein Ausschluss über die Möglichkeit einer Geheimhaltungsvereinbarung	237
(c)	Vereinbarkeit mit gesetzlich statuierten Geheimhaltungspflichten	238
c)	Vereinbarkeit einer nachvertraglichen Geheimhaltungspflicht mit dem Geschäftsgeheimnisgesetz	239
(a)	Gesetzesbegründung und Richtlinienerwägungen	239
(b)	Wirtschaftspolitische Betrachtung eines nachvertraglichen Geheimnisschutzes	241
(i)	Einschränkung der Arbeitnehmermobilität	241
(ii)	Innovations- und Investitionsförderung	243
(iii)	Effektive Ressourcenverteilung	244
(iv)	Gewährleistung der unternehmerischen Effizienz	245
(v)	Zwischenergebnis	246
(c)	Schutzkonzeption des Geschäftsgeheimnisgesetzes	247
(i)	Zivilrechtliche Erweiterung des Schutzes	247
(ii)	Ausgleich der entgegenstehenden Interessen	249
(d)	Zwischenergebnis	250
d)	Inhaltliche Bestimmung der nachwirkenden Geheimhaltungspflicht	250
(a)	Beschränkung auf Geschäftsgeheimnisse	251
(b)	Geheimhaltungspflicht und Nutzungsbeschränkung	251
(c)	Zeitliche Grenzen der nachwirkenden Geheimhaltungspflicht	253
e)	Zwischenergebnis	254
VI.	<i>Fortwirkung der Geheimhaltungspflichten durch nachvertragliche Abreden</i>	254
1.	Nachvertragliche Geheimhaltungsvereinbarungen	255
a)	Bedeutung als Geheimhaltungsmaßnahme	255
b)	Umfang und Inhalt der Vereinbarung	256
2.	Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	258
a)	Bedeutung und Bedarf nach Wettbewerbsverboten	258
b)	Anforderungen an nachvertragliche Wettbewerbsverbote	259
c)	Umfang und Rechtsfolgen eines wirksamen Wettbewerbsverbots	260
3.	Abgrenzung zwischen Geheimhaltung und Wettbewerbsverbot	261
4.	Zwischenergebnis	263
VII.	<i>Zusammenfassung</i>	264
F.	Die Schranken des Geheimnisschutzes	265
I.	<i>Die Rechtfertigungsgründe</i>	265

1.	Überblick	265
2.	Einordnung und Reichweite der Tatbestände	266
<i>II.</i>	<i>Die Ausübung des Rechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit</i>	268
<i>III.</i>	<i>Der Hinweisgeberschutz</i>	270
1.	Die Bedeutung und das Spannungsfeld des Whistleblowing	270
2.	Der Hinweisgeberschutz im Lauterkeitsrecht	272
3.	Vorgaben im internationalen Recht und Unionsrecht	274
a)	Grundrechte-Charta und Europäische Menschenrechtskonvention	274
b)	Die Geschäftsgeheimnis- und die Whistleblower-Richtlinie	275
4.	Die Regelung des Hinweisgeberschutzes im GeschGehG	276
a)	Allgemeines	276
b)	Rechtswidrige Handlung oder Fehlverhalten	277
(a)	Informationen über rechtswidriges Verhalten	277
(b)	Berufliches oder sonstiges Fehlverhalten	279
c)	Handeln zum Schutz des öffentlichen Interesses	280
d)	Adressat und Verfahren des Hinweisgeberschutzes	282
e)	Zwischenergebnis	285
<i>IV.</i>	<i>Die Wahrnehmung der Arbeitnehmervertretung</i>	285
<i>V.</i>	<i>Zusammenfassung</i>	287
G.	Die Rechtsfolgen einer Geheimnisverletzung	289
<i>I.</i>	<i>Ansprüche aus dem Geschäftsgeheimnisgesetz</i>	289
1.	Die zivilrechtlichen Schutzmaßnahmen	289
2.	Auswirkungen auf den lauterkeits- und deliktsrechtlichen Schutz	291
<i>II.</i>	<i>Arbeitsrechtliches Sanktionsinstrumentarium</i>	293
<i>III.</i>	<i>Gegenrechte des Arbeitnehmers</i>	295
1.	Arbeitsrechtliche Haftungsbeschränkung	295
2.	Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	296
<i>IV.</i>	<i>Die Arbeitgeberhaftung für die Verletzung fremder Geschäftsgeheimnisse</i>	298
1.	Die Haftung des Inhabers eines Unternehmens	298
2.	Quasi-vertragliche Zurechnung des Handelns der Beschäftigten	299
3.	Ansprüche des Dritten gegen den Arbeitgeber	300
4.	Maßnahmen gegen die Verletzung fremder Geschäftsgeheimnisse	301
<i>V.</i>	<i>Prozessuale Besonderheiten des Geschäftsgeheimnisgesetzes</i>	302
1.	Rechtswegzuständigkeit	302
2.	Prozessuale Möglichkeiten	305
<i>VI.</i>	<i>Zusammenfassung</i>	307
H.	Zusammenfassung in Thesen	309
<i>I.</i>	<i>Defizite des lauterkeitsrechtlichen Geheimnisschutzes</i>	309
<i>II.</i>	<i>Das Geschäftsgeheimnisgesetz</i>	309

Inhalt

<i>III. Geheimnisschutz gegenüber Arbeitnehmern</i>	311
<i>IV. Dogmatische Einordnung des Geschäftsgeheimnisses</i>	311
<i>V. Zuordnung zum Geheimnisinhaber</i>	312
<i>VI. Die (nachvertragliche) Geheimhaltungspflicht der Arbeitnehmer</i>	313
<i>VII. Rechtsfolgen und Grenzen einer Geschäftsgeheimnisverletzung</i>	314
<i>VIII. Abschließender Vergleich</i>	314
Abkürzungen	317
Literatur	321
Sachregister	339